



Deutscher Verband für Wohnungswesen,
Städtebau und Raumordnung e.V.

Erwartungen an die neue Bundesregierung

Der **Deutsche Verband** hat in einem Positionspapier Handlungsempfehlungen für die Wohnungs-, Städtebau- und Raumordnungspolitik der nächsten Legislaturperiode formuliert.

www.deutscher-verband.org

Es zeichnet sich eine schwierige Regierungsbildung ab. Ein Blick in die Parteiprogramme von CDU/CSU, FDP und Grünen zeigt, dass es auch in der Wohnungs- und Städtebaupolitik teilweise konträre Positionen gibt. Während CDU/CSU und FDP den bezahlbaren Wohnungsneubau vor allem über eine verbesserte AfA anregen wollen, setzen die Grünen auf eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit, um den Sozialwohnungsbestand auszubauen und dauerhaft zu sichern. Diese programmatischen Differenzen gilt es dringend in ein gemeinsames Projekt für eine starke Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik umzudrehen. Denn die Wohnungsknappheit in Ballungsräumen, die hohen Mieten und Kaufpreise, aber auch die regionalen Disparitäten zwischen boomenden und strukturschwachen Regionen sind mit ein Grund dafür, dass viele Menschen daran zweifeln, ob die Politik für die Lösung zentraler Zukunftsfragen gut gerüstet ist.

SCHWERPUNKT WOHNUNGSVERSORGUNG Einen Schwerpunkt muss weiter die bezahlbare Wohnraumversorgung aller Bevölkerungsschichten bilden. Dazu sollte der Bund das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen fortführen und dessen Ergebnisse gemeinsam mit Ländern und Kommunen umsetzen. Kommunen müssen ihr Baulandangebot ausweiten, bestehendes Bauland stärker mobilisieren und dafür sorgen, dass preiswerte Baugrundstücke speziell für den Bau bezahlbarer Wohnungen bereitgestellt werden. Dafür ist es auch notwendig, das städtebau- und bodenrechtliche Instrumentarium weiterzuentwickeln. Erste Schritte wurden mit der Baugebietskategorie „Urbanes Gebiet“ gemacht. Ebenso wird eine Innenentwicklungsmaßnahme geprüft, mit der unbebaute oder mindergenutzte innerstädtische Baugrundstücke besser mobilisiert werden könnten.

Genauso wichtig ist es, Baukosten in den Griff zu bekommen. Dafür heißt es bezahlbares Wohnen mit dem Klimaschutzkonzept der Bundesregierung unter einen Hut zu bringen. Als wichtige Weichenstellung sollte der CO₂-Ausstoß bei der energetischen Gebäudebewertung stärker gewichtet werden. Dies würde die Flexibilität zwischen Energieeffizienzmaßnahmen und einer klimafreundlichen Versorgung erweitern. Energetische Quartiersansätze wären stärker in Ordnungsrecht und Förderpolitik zu verankern. Unter dieser Prämisse muss das Gebäudeenergiegesetz zügig verabschiedet werden.

STADTGESTALTUNG Schließlich muss die räumlich ausgewogene Gestaltung unserer Städte und Gemeinden noch stärker in den Fokus der Politik rücken. Den wachsenden Entwicklungsunterschieden sollte durch eine Stärkung der Bundesraumordnung und die Verstärkung und programmatische Weiterentwicklung der Städtebauförderung begegnet werden. Ebenso entscheidend sind intelligente Verkehrsinfrastrukturen sowohl für eine nachhaltige innerstädtische Mobilität als auch für die Verbindung von Städten und Umland. Damit gewinnen auch flächendeckende digitale Infrastrukturen und Dienste an Bedeutung. Städte und Gemeinden müssen dabei unterstützt werden, die digitale Transformation durch einen gezielten Kompetenzaufbau zu gestalten.

Dies sind einige der zentralen Erwartungen des Deutschen Verbandes an die neue Bundesregierung. Um eine integrierte Umsetzung zu gewähren, wäre es wünschenswert, die Bereiche Wohnen, Bauen, Stadtentwicklung und Raumordnung auch wieder in einem Bundesministerium zusammenzufassen. Insgesamt sollten die relevanten Handlungsfelder in einem integrierten Konzept über die verschiedenen staatlichen Ebenen zusammengeführt werden. «



Christian Huttenloher, Deutscher Verband
für Wohnungswesen, Städtebau und Raum-
ordnung e.V.

Christian Huttenloher, Generalsekretär